

Nur ein paar dürre Zeilen

Zu: „34 Millionen Menschen vor dem Hungertod“, FR-Wirtschaft vom 24.3.

Das Welternährungsprogramm WFP warnt, dass in mehr als 20 Ländern weltweit 34 Millionen Menschen unmittelbar vor dem Hungertod stehen und nur noch eine großangelegte internationale Hilfe zwischen März und Juli 2021 dies verhindern könne.

Die Aufmerksamkeitökonomie reicht gerade für 22 dürre Zeilen im Wirtschaftsteil, fast könnte man es überlesen und sich den ungleich ausufernden Sportberichten zuwenden. Wären diese 34 Millionen Menschen die Einwohner von Bayern, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes, ja dann hätte diese Meldung Relevanz und würde sich an prominenter Stelle im Hauptteil wiederfinden.

Die Zahl ist monströs, unsere Verdrängung funktioniert, mich verfolgt diese kurze Meldung bereits seit Tagen und erzeugt ein Gefühl von Wut und Hilflosigkeit – 22 dürre Zeilen.

Henrik Geidt, Lebach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert das digital übertragene Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheunpflug (Uni Bamberg, Studiengang „Bildungsqualität in Entwicklungsländern“), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de Der Zugangslink wird dann zugeschickt.
Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr

Bis heute unüberhörbar

Zu: „Aus Gedichten Lieder geschaffen“, FR-Feuilleton vom 19.3.

Mit der Aufnahme des Nachlasses von Friedrich Silcher in das Literaturarchiv Marbach wird einer der großen Unbekannten der deutschen Musik geehrt, und es ist gut, dass dies der FR einen Bericht wert ist. Dem möchte ich zwei kleine Ergänzungen hinzufügen.

Zwei Lieder Silchers sind bis heute unüberhörbar, selbst für Menschen, denen der fröhliche Volksgesang ansonsten fremd ist.

Auch Nichtchristen beschwören „Alle Jahre wieder“ das von Friedrich Silcher in Noten gefasste Christuskind, und Soldaten der Bundeswehr müssen sich erheben und salutieren, wenn „Der gute Kamerad“ ertönt, den Silcher nach einem Gedicht von Ludwig Uhland vertont hat. Zu besonderen Anlässen ist selbst im Bundestag die Zeile zu hören: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Friedrich Silchers erfolgreichstes Lied wurde schon 1858 von Henry William Dulcken in den USA bekannt gemacht, versehen mit der wahrhaft hölzernen Titelzeile „Must I then? Must I, then? From the town must I, then?“. Der große internationale Erfolg stellte sich jedoch erst 1960 ein. Die Schallplattenfirma RCA Telefunken-Decca veröffentlichte das Lied „Wooden Heart“, das Elvis Presley in Frankfurt a. M. aufgenommen hat. Als Urheber sind auf der Single die Namen „Wise“, „Weisman“ und „Twomey“ angegeben. In Großbritannien kommt noch Bert Kaempfert als Autor hinzu. Silchers Rechte als Urheber sind zu dieser Zeit schon seit Jahrzehnten abgelaufen. So kann es kommen, wenn man einer der unbekanntesten Bekannten ist.
Lothar Pollähne, Hannover

Blauäugig in die dritte Welle

Pandemie: „Zusperren reicht nicht“ und „Gemeinsam in der Nase bohren“, FR-Meinung vom 24.3. u. FR-Regional vom 26.3.

Zuerst die Privatpatienten und dann der große Rest

Zunächst einmal bin ich sehr froh, dass die Hausärzte jetzt in die Impfungen gegen Corona einbezogen werden. Vielleicht geht es dann endlich voran. Eine Frage treibt mich als gesetzlich Krankenversicherte jedoch um, und eventuell könnten Sie dieser ja mal nachgehen: Wer kontrolliert oder verhindert denn, das in den Hausarztpraxen nach Privat- und Kassenpatient priorisiert wird? Dass Mann/Frau als gesetzlich Versicherter wie ein Zweiter-Klasse-Patient behandelt wird, gehört ja inzwischen leider zum Alltag. So bekommen Privatpatienten z.B. schneller Termine und haben kaum Wartezeit.

Und nachdem der große Vorsitzende der Hausärzte so vehement und lautstark für eine Impfung durch die Hausärzte eingetreten ist, beschleicht mich das Gefühl, dass es hier in erster Linie auch um die finanzielle Seite des Ganzen geht, schließlich kann bei Privatpatienten jede Impfung (die Impfleistung an sich) einzeln abgerechnet werden, während bei den gesetzlich Versicherten die Leistung in der Quartalspauschale enthalten ist.

Ich habe die große Befürchtung, dass es wieder nach bewährtem Muster abläuft: Zuerst die Privatpatienten und das Geld und dann der große Rest. Leider.
(Anonymisiert, der Red. bekannt)

Jetzt muss ein Ruck durch die Politik gehen

„Jeder Tag zählt. Die dritte Corona-Welle schwillt an. Es wird Zeit für die angekündigte Notbremse“, schreiben Sie. Das mag sein. Aber nicht in dem Sinn, dass man wieder auf pauschale Schließungen, deren Wirksamkeit durch keine Untersuchung,

durch keine Studie belegt ist, zurückfällt.

Ich kann nur auf die Empfehlungen von Prof. Christiane Woopen, Vorsitzende des Europäischen Ethikrats, verweisen. Sie schlägt vor, Öffnungsstrategien nicht nach Branchen und Inzidenzen zu definieren: „Erst dort, wo es die Schnelltests und die Infektionskettenachverfolgung wirklich gibt, kann man aufmachen.“

Es braucht eine geeignete digitale Plattform, die praktikabel für den Nutzer sein sollte und auf der die Gesundheitsämter alle Kontakte ohne über großen Aufwand nachverfolgen könnten. Dadurch könnte auch differenzierter verstanden werden, wo und unter welchen Bedingungen die Corona-Infektionen vermehrt stattfanden. Für einen Notfallplan in diesem Sinne hätten viele Verständnis. Aber bitte nicht so, wie seit Anfang November praktiziert!

Eine wirksame und verhältnismäßige Strategie im von Frau Woopen skizzierten Sinn hätte im Oktober 2020 in die Wege geleitet werden müssen. Es ist verpatzt! Jetzt aber muss ein Ruck unter den Verantwortlichen entstehen, diese Dinge wirklich anzugehen und der genervten Bevölkerung eine echte Perspektive zu geben; hier müssen kurzfristig digitale Lösungen umgesetzt werden. Wahrscheinlich wäre die Luca-App auf breiter Basis ein Teil dieser Möglichkeiten, aber nur ein erster Anfang. Ich habe Zweifel, dass unsere jetzige Regierung das noch hinkriegt. Hermann Schorge, Lohra

Und die Lehrerin sammelt dann den Müll ein

So sehr ich auch begrüße, dass nach den Osterferien verpflichtende Selbsttests an den Frankfurter Schulen durchgeführt

werden sollen, erscheint mir die Beschreibung eines reibungslosen Ablaufs doch etwas blauäugig zu sein.

1. „Einwilligungen der Eltern müssen vorliegen.“

Als an meiner Schule kürzlich eine freiwillige Reihentestung eines Jahrgangs durchgeführt wurde, konnten nicht alle SchülerInnen getestet werden, weil die Einwilligungen fehlte. Möglicherweise sind nun einige SchülerInnen positiv, ohne es zu wissen.

2. „...hält die Tests auch für die 5. Klassen für unproblematisch.“

Das ist eine Aussage, die ich nach über 30 Jahren Berufserfahrung stark bezweifle. „Pitt, du sollst das Stäbchen nicht in die Nase deines Nachbarn stecken.“ – „Nein, du sollst nicht in das Röhrchen spucken.“ – „Hele, ne, wirf das Teströhrchen nicht weg, bevor du getestet hast.“ – „Vier Tropfen auf das Testgerät, ja, aber nicht mit Cola mischen.“

3. „Testen wird wie ein Begrüßungsritual.“

Es könnte eher so aussehen, dass nach diesem „Begrüßungsritual“ nicht mehr viel an Unterricht erfolgt: „Frau B., sind das nun zwei Striche auf dem Testgerät?“ – „Wann ist denn die Zeit um?“ – „Uhh, ich bin positiv, Frau B.! Ich muss ganz schnell weg!“

Besser, aber wohl eher utopisch in diesen unorganisierten Zeiten, wäre es natürlich, wenn Fachpersonal diese Tests anleiten und durchführen würde. Aber Lehrkräfte können ja vieles – warum also nicht Corona-Selbsttests anleiten und dann den Müll aufsammeln?

Da fällt mir etwas für ein neues Pilotprojekt ein: LehrerInnen testen nicht nur ihre SchülerInnen, sie impfen sie auch ...

Cordula Band, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/foederalismus

Miteinander sprechen statt immer nur übereinander

Viele Menschen vertrauen der Politik nicht mehr. Sind Bürgerräte ein Mittel gegen diesen Schwund? Zu: „Bürgerräte sollten die Normalität werden“, FR-Politik vom 16.3.

Im Gespräch findet Selbstaufklärung statt

Vielen Dank für das Interview mit Frau Erler zu Praxis und Potenzial von Bürgerräten. Solche durch Losverfahren zusammengesetzten Räte scheinen mir eine bisher unterschätzte Möglichkeit zu sein, der vielfach beklagten Spaltung der Gesellschaft etwas entgegen zu setzen.

In einer von identitätspolitischen Verwickelungen polarisierter Debatte, in der entweder Bevormundung oder Ignoranz unterstellt werden, können Bürgerräte ein Versuch sein, statt übereinander miteinander zu sprechen. Sie ermöglichen Gedankenaustausch und gegenseitiges Verstehen über Milieugrenzen hinweg. Die Lösungsorientierung zwingt alle dazu, das Pro und Contra zu erwägen, den Versuch zu machen, sich gegenseitig zu überzeugen, und wird damit der Komplexität der Herausforderungen gerecht, die es zu regeln gilt. Eine Initiative

von „Pulse of Europe“ hat dieses Anliegen bereits aufgegriffen und „Haus-Parlamente“ veranstaltet, in Eigenregie der jeweiligen Gastgeber, aber mit ausgearbeiteten europapolitischen Fragestellungen und Feedback durch EU-Politiker. Meine Erfahrung ist, dass sich alle Teilnehmer sehr ernsthaft um eine gemeinsame Stellungnahme bemüht haben. Mein Wunsch wäre, diese Praxis in der Breite zu verankern, so dass es zur Gewohnheit wird, immer mal wieder zu so einem „Haus-Parlament“ eingeladen zu werden und sich ohne Ablenkung durch persönliche Befindlichkeiten in einem festgesetzten Zeitrahmen ernsthaft um ein Thema zu bemühen. Pulse of Europe hat diese Initiative nicht beendet, aber es ist bisher nicht gelungen, große Resonanz zu erzeugen, so dass die Praxis auf eher bildungsbürgerliche Kreise beschränkt sein dürfte. Aber es ist wieder eine neue Runde geplant und jeder kann sich anmelden.

Auf der Ebene der Kommunen, des Landes oder auch des Bundes ließen sich solche „Parlamente“ sicher wesentlich effektiver, weil durch das Losverfahren in der Breite wirksamer, veranstalten. Die Zeit vor den Bundestagswahlen wäre eigentlich ideal, um einen derartigen Meinungsbildungsprozess zu starten.

Allerdings stellen die Corona-beschränkungen ein erhebliches Hindernis dar, denn um sich im Dialog und Streitgespräch zu begegnen, wären persönliche Treffen, z.B. in Bürgerhäusern, wohl unerlässlich. Vielleicht geht es aber auch auf digitalem Wege. Das Wesentliche ist meines Erachtens der im Gespräch stattfindende Prozess der Selbstaufklärung. Renate Kucharzyk, Frankfurt

Mit der Wirkung eines ablenkenden Zaubertricks

Ist es Wissenschaft oder Zauberei, wenn 150 politikferne Bürger nach einigen Stunden Diskussion

in einem Bürgerrat erkennen sollen, was das Beste für 83 Millionen Bundesbürger ist? Wie ein ablenkender Zaubertrick mutet es an, wenn die Öffentlichkeit über die Repräsentativität dieser 150 diskutiert, aber die entscheidende Frage, wie, durch wen und mit welchen Interessen diese Bürgerratsteilnehmer informiert und beeinflusst werden, gänzlich im Dunkeln bleibt.

Da man zur Vorbereitung von „Deutschlands Rolle in der Welt“ überlegen sollte, worauf man als Deutscher stolz ist, konnte das Ergebnis nur lauten, dass Deutschland seinen Einfluss auf andere Staaten stärken und mehr Verantwortung übernehmen sollte. Hätte man auch gefragt: „Wofür schämen sie sich als Deutscher?“ wären sicher andere Ziele wie mehr Bescheidenheit, Zurückhaltung und Selbstkritik in den Mittelpunkt gerückt.

Manfred Alberti, Wuppertal

Diskussion: frblog.de/dienende-politik